

übergehen, und da zeigen sich einige bemerkenswerte Ähnlichkeiten mit der ursprünglichen zionistischen Einwanderungsbewegung der zwanziger Jahre. Die Einwanderer aus Rußland sind *keine* Flüchtlinge, auch wenn der Druck der Verhältnisse viele zur Auswanderung bewogen hat. Es sind aber Menschen, die ihre jüdische Identität zu bewahren suchten und die deshalb unter großen persönlichen Opfern und Gefahren Rußland verlassen haben und die im Regelfall nicht mehr dorthin zurückkehren können. (Dies etwa im Unterschied zu den Einwanderern aus den USA, die zwar aus freiem Entschluß nach Israel kamen, aber doch jederzeit nach Amerika zurückkehren können — und es häufig tun.)

Israel ist kein Pionierland mehr, aber bei diesen Einwanderern ist noch ein erheblicher Pioniergeist zu beobachten. Was sie vor anderen auszeichnet, ist ein starkes Selbstbewußtsein, ihre Entschlossenheit, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und nicht Gegenstand der oft schlecht funktionierenden Bürokratie zu werden. Sie sind vom Moment ihrer Einwanderung an ein *aktives* politisches Element im Land, wobei die politischen Richtungen variieren, die Tendenz zu den bürgerlichen Rechtsparteien

jedoch überwiegt. (Im Gegensatz zu den russischen Einwanderern zu Beginn des Jahrhunderts schließen sich nur wenige den sozialistischen Kollektivsiedlungen an, die Skepsis gegenüber den linkssozialistischen Gruppen ist erheblich). Zugleich bringt jeder Einwanderer seine familiären Bindungen mit und so auch eine neue persönliche Beziehung zur Diaspora, die bei den im Lande Geborenen und bei den aus dem freien Teil der Welt kommenden Einwanderern fehlt. Diese neue Bindung an die Diaspora wird unmittelbar in Politik umgesetzt und bildet ein heute schon zu bemerkendes Gegengewicht zur bereits ortsüblichen Indifferenz. Die Feststellung David Ben Gurions, daß der Zionismus gegenstandslos geworden ist, in einer Zeit, da jeder Jude die Möglichkeit hat, sich in Israel niederzulassen, gilt eben nicht für die auswanderungswilligen Juden Rußlands, die vor allem als Zionisten verfolgt werden. So scheint der Exodus der russischen Juden doch immerhin zu einer gewissen *Neubelebung* des Zionismus zu führen, die sich viel mehr als in Israel in der westlichen Diaspora auswirken könnte, welche wenigstens für einen Teil der Kosten dieses Exodus aufkommen muß.

## Kommt es zu einer Befriedung des Südsudans?

Ende Februar 1972 wurden in Addis Abeba Verhandlungen zwischen Vertretern der südsudanesischen Freiheitsbewegung Anya-Nya und Mitgliedern der Regierung in Khartoum über eine politische Beilegung des Problems „Südsudan“ vorläufig abgeschlossen. Am Zustandekommen der Verhandlungen hatte der Weltkirchenrat einen bedeutenden Anteil. Nach dem Zustandekommen des Abkommens haben Vermittler und Beteiligte erleichtert aufgeatmet, aber noch scheinen nicht alle Schwierigkeiten ausgeräumt zu sein. Die Ratifizierung durch die Führer der Rebellen läßt auf sich warten. Offenbar ist wenigstens ein Teil der Rebellen nicht bereit, der Führung in die gewünschte Richtung zu folgen. Anders wäre der zunächst angekündigte Ratifizierungsaufschub nicht zu erklären und schon gar nicht die spätere Version von General *Laggu*, der für die Südsudanesen in Addis

Abeba verhandelte, man wolle auch Ende April nicht ratifizieren, sondern nochmals verhandeln.

### Zum erstenmal berechtigte Hoffnung

Dennoch besteht durch das Abkommen zum erstenmal seit Jahrzehnten berechtigte Hoffnung, die jahrhundertalten Auseinandersetzungen im Zusammenleben der *negriden*, zu fast 90% heidnischen Bevölkerung des Südsudans mit der *arabischen*, überwiegend islamischen Bevölkerung des Nordens zu begraben. (Die Schwierigkeiten gehen bis ins Jahr 1820 zurück, als Nord- und Südsudan unter türkisch-ägyptischer Herrschaft zum erstenmal als administrative Einheit behandelt wurden.) Auf beiden Seiten gibt man sich keinen Illusionen über eine schnelle totale Befriedung des Landes hin. Im Süden bringt man Präsident Numeiri relativ großes

Vertrauen entgegen, befürchtet jedoch Schwierigkeiten aus Kreisen der Armee. Im Norden erwartet man, daß sich die Mehrheit der Anya-Nya an das Abkommen halten wird, während eine Minderheit möglicherweise weiterzukämpfen versuchen werde. Man verweist in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen aus der Beendigung des Mau-Mau-Aufstandes in Kenya.

Seit der *Unabhängigkeit* des Sudans (1956) ist das ungelöste Problem des Südens die Hauptschwierigkeit des Landes. 16 Jahre lang währte nun schon der Kleinkrieg zwischen den Freiheitskämpfern und den Regierungstruppen. Einen ersten Schritt zu einer politischen Lösung unternahm die Militärregierung, die in der Oktober-Revolution 1964 an die Macht gekommen war. Sie erließ eine Amnestie, die den Flüchtlingen eine sichere Rückkehr aus dem Busch und den benachbarten Ländern Kongo-Kinshasa (Zaire), Zentralafrikanische Republik, Uganda und Äthiopien ermöglichen sollte. Eine Konferenz, die Süd- und Nordsudanesen im März 1965 in Khartoum am runden Tisch vereinte, konnte das Ziel, eine konstitutionelle Regelung, nicht erreichen.

Im Mai 1969 übernahm Generalmajor Gaafer Mohammed El *Numeiri* (damals noch Oberst) die Macht. Bereits am 9. Juni 1969 gab er eine bedeutende politische Erklärung zur Frage des Südsudans ab. Er erkannte die historischen und kulturellen Unterschiede zwischen Süd und Nord ausdrücklich an und betonte, daß die Einheit des Landes nur unter Berücksichtigung dieser *Realitäten* aufgebaut werden könne. Im Rahmen regionaler Autonomie sollte das Amnestiegesetz weiter ausgebaut, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes weiter vorangetrieben, ein Minister für Angelegenheiten des Südens ernannt und die Ausbildung von Fachkräften gefördert werden (vgl. HK, November 1971, 468—471).

Seit dieser Zeit wurden *Südsudanesen* zunehmend in Staatsstellungen berufen. Der südsudanese Minister für Angelegenheiten des Südens erhielt den Rang eines Vizepräsidenten. Südsudanesen wurden zu Botschaftern ernannt. Die Gouverneure der drei Südsprovinzen Bahr-Al-Ghazal, Äthiopien und Upper Nile wurden durch Südsudanesen im Mi-

nisterrang ersetzt (2 Katholiken, 1 Anglikaner).

### Aktivierung von Hilfsplänen

Als Hauptschlüssel zur dauerhaften Befriedung des Landes wird in Khartoum neben einer konstitutionellen Regelung die *wirtschaftliche Entwicklung* des gegenüber dem Norden rückständigen Südens angesehen. „Es ist die feste Überzeugung der Revolutionsregierung, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Südens der Weg zu einer dauerhaften Lösung des Problems ist“ (Vizepräsident Abel Alier). Durch die Befriedung soll die Einheit des Landes gewahrt und gefestigt und die Entwicklung des gesamten Landes möglich werden. Man könne nicht, so heißt es in Khartoum, einen kostspieligen Krieg führen und zugleich das Land entwickeln.

Nachdem durch das Abkommen in Addis Abeba ein Frieden in Sicht gekommen ist, erhalten die Hilfspläne der Regierung für den Süden besondere Dringlichkeit. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß heimgekehrte Flüchtlinge enttäuscht dem eigenen Land wieder den Rücken kehren und in die Flüchtlingslager in den Nachbarländern zurückgehen, weil zu Hause die Vorbereitungen für ihre Aufnahme und Wiederansiedlung gar nicht oder nur unvollkommen getroffen worden sind. Die Regierung des Sudans scheint sich dieser Gefahr bewußt zu sein. Sie weiß, daß sie für Wiedereingliederungsmaßnahmen und für die Durchführung ihrer Entwicklungspläne Unterstützung aus dem Ausland braucht.

Deshalb veranstaltete sie vom 21. bis 23. 2. 1972 in Khartoum eine *Entwicklungskonferenz* („Relief & Resettlement Conference on Southern Region“). Als Gäste der Regierung nahmen daran die Vertreter von 35 privaten Hilfsorganisationen aus 11 Ländern, Vertreter verschiedener UN-Organisationen mit dem Flüchtlingskommissar an der Spitze, Vertreter der OAU sowie Regierungsbeobachter aus Uganda, Saudi-Arabien und Libyen teil. Anwesend waren sogar einige Repräsentanten von Organisationen, die in jüngst erschienenen sudanesischen Publikationen der aktiven Unterstützung der „Rebellen“ bezichtigt worden waren.

Von katholischer Seite waren *P. de Riedmatten*, der Sekretär von „Cor unum“, sowie Vertreter der Caritas Internationalis, von „Misereor“, des Deutschen Caritasverbandes und der amerikanischen Hilfsorganisation „Catholic Relief Services (CRS)“ der Einladung gefolgt. Auch „Brot für die Welt“ hatte einen Vertreter entsandt.

Weitere Teilnehmer waren außer den Vertretern der Ministerien zahlreiche Persönlichkeiten aus dem Sudan, darunter der Apostolische Delegat, Erzbischof *U. Calabresi* sowie die Administratoren der Apostolischen Vikariate Wau, Juba und Malakal und zwei anglikanische Bischöfe. Die Konferenz wurde vom Vizepräsidenten und Minister für Angelegenheiten des Südens, *Sayed Abel Alier*, und dem Landwirtschaftsminister, *Sayed Wadi Habaschi*, geleitet. Zeitlich fiel die Konferenz mit der Schlußphase der Verhandlungen in Addis Abeba zusammen, sicher nicht ohne politische Absicht.

Die verschiedenen Ministerien hatten für die Konferenz einen *Fünf-Jahres-Entwicklungsplan* für den Süden ausgearbeitet (154 Seiten). Er sieht kurzfristig Direkthilfen zur Wiedereingliederung der Flüchtlinge vor, in der Hauptsache jedoch mittelfristige Entwicklungsprojekte. Der Veranstalter erwartete nicht, wie mehrmals betont wurde, daß die Vertreter der Organisationen feste Verpflichtungen an Ort und Stelle eingingen. Man erwarte jedoch Klarheit über das Interesse der Organisationen an bestimmten Projekten.

In gesonderten Gesprächen mit Regierungsvertretern wurde die für private Hilfsorganisationen besonders wichtige Frage der möglichen *einheimischen Partner* besprochen. Offenbar hatte sich die Regierung darüber vorher bereits Gedanken gemacht. Für die Rote-Kreuz-Verbände bietet sich als Partner der sudanesische Rote Halbmond an. Den anderen Organisationen wurden der „Sudan Council of Churches“, in dem auch die lokale katholische Kirche vertreten ist, und eine erst kürzlich gegründete „National Association for Aid to Southern Sudan (NAASS)“ angeboten. Mitglieder der letzteren sind viele Persönlichkeiten aus beiden Landesteilen. Wegen der strukturellen Schwäche beider Organisationen schien unter den

Delegierten wenig Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu bestehen.

Die kirchlichen Hilfswerke möchten ihre Hilfen über die lokalen Kirchen leiten, wenn diese auch, insgesamt gesehen, relativ schwach sind. Von Regierungsseite wurden keine Bedenken gegen diesen Weg geäußert, vorausgesetzt, daß die Hilfsmaßnahmen sich in den Gesamtplan der Regierung einfügen und daß die Regierung voll informiert werde. Noch während der Konferenz schloß die amerikanische Organisation CRS einen Vertrag mit der Regierung über den Einsatz von amerikanischen Lebensmittelüberschüssen ab. Einem Wunsch der Hilfsorganisationen, Verbindungsleute in Khartoum und eventuell auch im Süden zu stationieren, stimmte die Regierung zu.

### Freundliche Haltung gegenüber den Kirchen

Ohne Zweifel nimmt die Sudan-Regierung heute auch eine erheblich freundlichere *Haltung gegenüber der katholischen Kirche* ein als in den vergangenen Jahren. So hatte sie nach 10jähriger Wartezeit endlich die Erlaubnis zum Bau einer weiteren Pfarrkirche in Khartoum gegeben. Die Regierung genehmigte auch die Errichtung eines Priesterseminars in Juba. Da zur Zeit keine geeigneten einheimischen Kräfte als Professoren für das Seminar verfügbar sind, erlaubte sie fünf indischen Jesuiten im vergangenen Dezember und Januar die Einreise. Zwei italienischen Verona-Brüdern wurde ebenfalls die Reise in den Süden gestattet. Am 5. März 72 erhielten zwei Sudanesen in Wau die Priesterweihe. Sie waren 1965 nach Uganda geflohen, hatten dort ihre Studien absolviert und waren erst im Januar bzw. Februar dieses Jahres über Khartoum wieder in die Heimat zurückgekehrt. Vor kurzem genehmigte die Regierung ein Gesuch um Aufenthaltserlaubnis für drei italienische Combonianer-Schwester, die in Malakal einen Konvent eröffnen möchten. Auch diese Zeichen geben einigen Anlaß zur Hoffnung. Am guten Willen der Regierung, diesen Eindruck hatten jedenfalls die Teilnehmer an der Entwicklungskonferenz in Khartoum, ist nicht mehr zu zweifeln. Ob die Befriedung jedoch von Dauer sein wird, bleibt abzuwarten.